

Mit religiösem Sonntagsblatt

Bezugspreis für das Vierteljahr 18.50 Mk., für den Monat 4.50 Mk., frei ins Haus; durch die Post für das Vierteljahr 12. — Mark, monatlich 4. — Mark ohne Bestellgeld; — **Anzeigenpreis:** 1 Mark für die achtspaltige Colonnenzeile od. deren Raum, für ausm. Anzeigen 1.50 Mkt., Reklamezeile 5. — Mark; bei Wiederholungen entsprechender Nachlass; **Schluss der Anzeigen:** Annahmen: Für größere Anzeigen Vorabend 4 Uhr, für kleinere Anzeigen Vorabend 6 Uhr. — **Postfach:** Nr. 1632 Frankfurt a. M. und Nr. 20793 Berlin, O. B.

Die Arbeitslosen

Berlin, 3. Nov. Wie uns aus dem Reichsarbeitsministerium mitgeteilt wird, ist die Gesamtzahl der unterstützten Erwerbslosen im Reich nach amtlichen Berechnungen vom 1. bis 15. Oktober weiter zurückgegangen. Während sie am 1. Oktober nach endgültigen Berechnungen 306 151 betrug, belief sie sich am 15. Oktober auf 374 983. Es ist also ein Rückgang um 21 108, und zwar um 14 457 männliche und 6711 weibliche Erwerbslose zu verzeichnen, die Zahl der Familienangehörigen, die als Aufzugsbengelungen unterstellt werden, ist von 360 288 auf 348 687 herabgegangen. Die Aufwendungen an Erwerbslosenunterstützung, die in der zweiten Hälfte des Monats September für das Reich, die Länder und die Gemeinden aufsummiert 45,7 Millionen Mark betragen hatten, verminderten sich in der ersten Hälfte des Oktobers auf 41,2 Millionen.

eigenen Velde verspürt haben, werden wir gut thun, auf amerikanische Unterstützung keine Häuser zu bauen. Die Vereinigten Staaten denken an sich selbst zuerst und werden uns in unserer Noth kaum wirksame Hülfe leisten. Wir haben Lehrgeld in der Vergangenheit genug bezahlt. Die amerikanischen Präsidentenwahl muß Deutschland als eine Angelegenheit bewerten, die fast nur das amerikanische Volk angeht und ohne größere Rückwirkungen für uns bleiben wird. Deutschlands Schicksal entscheidet sich in Europa. Garding hat versprochen, nach seiner Wahl die amerikanischen Truppen sofort aus dem besetzten Gebiet zurückzuziehen und den Kriegszustand mit Deutschland zu beenden und zu erklären. Eine solche Maßnahme kann jedoch an den bestehenden Verhältnissen wenig ändern. Es hat einmal eine Zeit gegeben, da die Vereinigten Staaten berufen gewesen wären, das Unglück Deutschlands und damit der Welt zu verhindern. Diese Zeit würde von Wilson nicht bestritten, ja er trieb eine Politik, die nicht nur ihm, sondern auf Jahrzehnte hinaus auch den Vereinigten Staaten schweren Schaden wird. Was damals gesündigt wurde, läßt sich heute nicht mehr rückgängig machen, auch wenn Herr Garding von dem besten Willen besetzt wäre.

32 Milliarden für 17 000 Pamerikaner

Berlin 2. Nov. Der Hauptanstoß des Reichstages trat heute in die Befragung über die Ausführung des Reichsbeschutzes ein. Die Ausführungen des Reichsfinanzministers von Hammer waren zum Teil vertraulich. Es sind Verhandlungen mit den maßgebenden Stellen der Befragungsmächte aufgenommen worden, und es liegt zu hoffen, daß auf diese Weise eine Wilderung der Befragungskosten zu erwarten ist. Um diese zu erreichen, sei es erforderlich, auf eine Verabsicherung der Befragungsmächte hinzuwirken und ferner die Garantien erbkäftig schützenden. Der Reichsfinanzminister gab sodann noch weitere Erklärungen über die außerordentlichen Kosten, die bis jetzt erwachsen sind und die noch zu erwarten seien. Er gab ferner bekannt, daß trotz der erst kürzlich erfolgten Erhöhung (Kapitel 4, Titel 1) auf 15 Milliarden Mark eine weitere Herausnahme des Etats sehr erforderlich sei. Neue Forderungen der Befragungsmächte und das Abwinken des ersten Reichstages verlangen diese Höhe. Dr. Gieseler (Deutschl.) forderte, da es sich um die höchsten Kosten des ganzen Etats über 40 Milliarden Mark handele, die Anwesenheit des Reichsministers und seines Vertreters. Wenn die Anwesenheit des Reichsfinanzministers nicht sei, daß Amerika die Kosten gegen 17 000 Mann harten Expeditionstruppe auf 100 000 120 000 Dollar beziffere, so seien das rund 10 Millionen Papiermark pro Tag oder rund 42 Milliarden Mark im Jahre für 17 000 Amerikaner. Das sei doch eine vollenbete Unmöglichkeit. (Mehrfache Zustimmung.)

Kunstlich wird aus dem Reichsschatzministerium mitgeteilt: In einigen Blättern sind über die heutige Stellung des Hauptanlehens des Reichsstaatsverleides enthalten, die die vertraulichen Mitteilungen und sonstigen Ausführungen des Reichsschatzministers unrichtig und grob entstellend wiedergeben. So werden über die Stärke der amerikanischen Besatzung Zahlen angegeben, die in dem einzelnen Blättern zwischen 17 000 und 177 000 schwanken. Die vom Minister festgesetzte Adresse und vertraulich genannte Zahl bleibt noch erheblich hinter 17 000 zurück. Ebenso schwanken die Angaben über die beantragte Forderung zwischen 20 994 Millionen und 40 Milliarden. Die tatsächlich beantragte Erschließung bei dem hier in Betracht kommenden Staatsakt beläuft sich auf 20 Millionen Papiermark. Die geforderte Staatsanforderung des Reichsschatzministeriums für die Belohnungsstruppen in den Rheinlanden einschließlich der Kosten für die autorisierte Rheinlandskommission beträgt 15 294 000 Mark. (Ganz klar ist diese Darstellung nicht.)

London, 9. Nov. Im Unterhaus befaßte gestern ein Regierungsvorleser ein Mißfall, daß die Auffassung der Wiedereinmischungsmission über die Nachforderung von Wilschick keineswegs einen Reichtum zur Ablesung bedeutete, sondern lediglich eine Verrechnung gemäß dem hier in Frage kommenden Annex-Paragraphe 2 und eine Antikse, woun die Tiere abselektiert werden könnten. Jedenfalls müßten bei der einseitigen Entscheidung auch die Bedürfnisse des sozialen und wirtschaftlichen Lebens Deutschlands berücksichtigt werden. Daraus geht hervor, daß in dieser Frage noch keine Entscheidung getroffen worden ist.

Berlin, 3. Nov. Wie von ansehnlicher Seite verlangt, werden der Reichsanwalt Lehrendach und Reichsminister des Aeußern, Dr. Simond, die Rheinlande besuchen und am Dienstag, den 14. Dezember, zunächst in einer großen Versammlung zu Düsseldorf Vorträge halten.

Berlin, 8. Nov. Die Demokratische Fraktion der Preussischen Landesversammlung hat folgende Anfrage an die Regierung gerichtet: Am 18. Januar 1921 jäß sich zum 50. Male der Gründungstag des Deutschen Reiches. Ist die Staatsregierung bereit, darauf hinzuwirken, daß dieser Tag als allgemeiner nationaler Feiertag begangen wird? Ist die insbesondere bereit, durch Souleisern aus die besondere Bedeutung dieses Tages hinweisen zu lassen?

ma Kopenhagen, 3. Okt. Die „Berlingske Tidende“ meldet aus Kowno: Die Moskauer Zeitungen enthalten offiziell die Mitteilung, daß die Sowjetregierung großen Vorbereitungen einer gegenrevolutionären terroristischen Aktion gegen die Sowjetregierung auf die Spur gekommen ist. In der von den Blättern veröffentlichten Mitteilung heißt es: die Regierung sei entschlossen, mit allen Mitteln das Sowjetsystem zu verteidigen und fordert alle Kommunisten auf, auf dem Posten zu sein. Die Massenveranstaltungen in der Stadt werden fortgesetzt. Sämtliche Mitglieder des Generalrates und des Marinehaues wurden verhaftet und gleichzeitig in Orenburg 3000 Offiziere interniert. Da mehrere Regimenter in Smolensk zu manövern begannen, wurden alle aus Smolensk in Moskau eingetroffene rote Truppen entlassen. Trotzki erklärte nach der „Frawda“ in einer Versammlung in Petersburg: Wir ist bekannt, daß eine Hungerteufel bevorsteht. Ich bin ebenfalls vertraut mit den Befehlen, welche die Winterfälle mit sich bringt. Die Hungergeisse der ganzen Welt bereitet sich auf den Sieg vor, wir wollen aber beweisen, daß sie scheitert. Wir müssen siegen und unsere Belüste verdienen, selbst wenn auch drei Viertel der russischen Bevölkerung an Hunger und Kälte sterben sollte. Die Ueberlebenden werden weiterleben zur Verrherrlichung des Sieges der Weltrevolution.

in Gelsenkirchen, 3. Okt. Vor Beginn der Stadtverordnetenversammlung, deren Hauptpunkt der Tagesordnung die Einführung der weltlichen Schule war, veranstalteten die Anhänger der weltlichen Schule Kundgebungen vor dem Rathaus. Im Sitzungssaal kam es zu aufregenden Zusammenstößen zwischen den Linken und der Deutschen Volkspartei. Nach einer 45stündigen Erörterung wurden die Anträge der Linken auf sofortige Einführung der freien Schule mit 28 gegen 23 Stimmen abgelehnt. Daraufhin erklärten die Mehrheitssozialisten und die beiden Flügel der U. S. P., solange den Verhandlungen fernbleiben zu wollen, bis die weltliche Schule eingeführt sei.

Berlin, 3. Nov. Die bereits angekündigte Vorlage über die Abänderung des Reichsnotopfergesetzes sieht, wie die „A. Z.“ mitteilt, die sehr schnelle Einziehung eines sehr beträchtlichen Teiles, etwa 40 bis 50 v. H., vor, doch soll gestattet werden, diesen Betrag in zwei Raten zu entrichten. Jedenfalls soll das Beschaffungsverfahren abgeändert und die Einziehung des Teilsbetrages im Laufe des Winters bewirkt werden. Außerdem soll dem Reichstag demnächst das vor einiger Zeit angekündigte Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung zugehen, das sich nicht auf das engere Gebiet des Reichswirtschaftsministers beschränkt, sondern auch bestimmte Pläne hinsichtlich der Ernährung und der Verkehrspolitik enthält. Der Gedanke einer Reichswirtschaftsbank soll, worauf es schon die letzten Erklärungen aus dem Reichswirtschaftsministerium hindeuten, fallen gelassen worden sein.

— Berlin, 2. Nov. (Eig. Ber.) Der Ausschuf der deutschen Zentrumspartei ist unter harter Feststellung aus allen Teilen des Reichs am Sonntag und Montag in Berlin zusammengetreten. Neben wichtigen Fragen der inneren und äußeren Politik bildeten Organisationsfragen den Gegenstand der Verhandlungen, die einen in jeder Beziehung erschöpfenden Verlauf nahmen. Unter anderem ist auch die Angelegenheit Erzberger erörtert worden. Die Verhandlungen führten hier zu dem allseitig befriedigenden Ergebnis: Herr Erzberger gab aus freiem Entschlus die Erklärung ab, daß er sich bis auf weiteres an den Reichstagsverhandlungen und an den Verhandlungen in der Fraktion nicht beteiligen wird. Von Wichtigkeit aus den Verhandlungen des Reichsausschusses ist u. a. die Feststellung, daß die „Görreskorrespondenz“ mit der Zentrumspartei nichts an tun hat, daß sie vielmehr seitens des Reichsausschusses der Partei entschieden Verurteilung erfährt. Zur Frauenfrage, die ebenfalls eingehend erörtert wurde, wurde folgende Entschlußung angenommen: „Der Reichsausschuf der Zentrumspartei empfiehlt dringend bei den Provinzial- und Landesorganisationen, soweit es noch nicht geschehen ist, alsbald die Bildung von

Gen Prof. Grebe, M. D. Pr. D.

Das Centrum sieht sich in seinem Jubiläumsjahre vor Schwierigkeiten gestellt, wie es sie wohl noch nie im Verlaufe seiner arbeits- und kämpferischen Geschichte zu überwinden hatte. Der Druck mit unserer monarchischen Vergangenheit, der Ausgleich der alten Wirtschaftsordnung mit den in der Revolution äußerlich zum Siege gelangten volkswirtschaftlichen Anschauungen, unsere ganze trostlose wirtschaftliche und politische Lage lassen es erklärlich erscheinen, daß viele sich in ihren Interessen bedroht fühlen, manche irre werden, ob die Haltung der Partei sich in allem mit ihren Grundsätzen vereinbaren läßt. Vom Parteistandpunkt aus betrachtet, wäre es für das Centrum am vortheilhaftesten und bequemsten, wenn es sich auf die grundsätzliche Ablehnung und entscheidende Bekämpfung der Kräfte, die das Glück unseres Landes noch andauernd verneinen und die Befriedung verhindern, beschränkt hätte. Rein andere Partei heißt ihrem inneren Wesen nach in solch unersöhnlichem Gegensatz zum Wesen der Revolution, wie das Centrum. Es wäre daher ein Leichtes, in grundsätzlicher Opposition durch schonungslose Kritik alles dessen, was und nicht gefällt, die Begeisterung der Wähler anzulassen. Die Partei würde dann eng zusammen-

wie der Reichenauer sind dieses Jahr in der Dualität gut geraten.

Karl May-Filme. Die Romane Karl Mays werden längst nicht mehr zur Kolportageliteratur gezählt. Bedeutende Schriftsteller der Gegenwart — darunter auch Krall — haben sich für den fruchtbaren Romaner eingesezt; was ihn weit über jene Schriftsteller erhebt, die nur auf die Lust des Lesers nach abenteuerlichen Geschichten spezialisiert und fündigen, ist ein ausgeprägter Idealismus und sein gefunder Optimismus; in allen seinen Romanen läßt er das stiltliche Prinzip liegen; in allen predigt er die Treue, die Freundschaft und die Menschenliebe, die er oft bis zur Feindeckliebe steigert. Dieser ideale Schwung macht es auch erklärlich, daß seinen Werken ein anbaunder Erfolg beschieden war, weil sie junge Gemüter für Treue, Mannesmut und Freundschaft zu begeistern und dabei aber auch reifere Leser vollkommen zu befriedigen vermochten. Seine abenteuerlichen Handlungen sind aber auch für den Film wie geschaffen, und es nimmt fast Wunder, daß bisher noch keine geschäftslustige Firma auf den Gedanken kam, Karl May auszubeuten. Wenn man seinen stiltlichen Ernst in Erwägung zieht, muß man Karl Mays Romanen, sobald sie verfilmt sind, die Pfühlheit anprechen, das gegenwärtige Knowesse um eine Stufe zu heben, von der bloßen, oft bedeutungslosen Unterhaltung zur stiltlich einwandfreien, ja sogar positiv erzieherischen; so kann durch ihn der Weg freigemacht werden, der vom Kino der Unterhaltung zum Kino der Belehrung und Volksbildung führt, und der endlich beschriftet werden muß. Aktuell veranstaltete die Wiener Stadttheater im Rotenturm-Kino eine Probeaufführung des ersten Karl-May-Films, der sich „Auf den Trümmern des Paradieses“ betitelt. Der Stoff dazu ist den Romanen „Von Bagdad nach Stambul“, „Durchs wilde Kurdistan“ und „Durch die Wüste“ entnommen und wurde von Maria Vukso Droop für den Film bearbeitet. (Reichsboch)

Zehn Millionen flachen Sekt sind im letzten Jahre gegenüber sechs Millionen im Jahre vor dem Kriege getrunken worden, auch ein Seiden für die Bläsezeit der Seiwier und Weiwier. Diese zehn Millionen flachen Sekt machen einen Beitrag von weit über tausend Millionen Mark auf! Es geht und also inscher end sehr gut, denn neben dieser Milliardenausgabe für Sekt sind im letzten Jahre viele Millard Mark für amerikische englische und französische Zigaretten, für Eskofo-ade Seiden Vorflum um ausgegeben worden!

